
Öffentlichkeit, Politik, Demokratie – Interdependenzen der Macht

Heinrich Oberreuter

Zusammenfassung: Politische Macht muss sich verständlich machen, um Vertrauen und Legitimität zu gewinnen. Sie benötigt Kanäle und Formen der Kommunikation. Spätestens seit der europäischen Aufklärung wird dieser Zusammenhang von Macht, Medien und Öffentlichkeit beschrieben. In den modernen Demokratien ist durch die Massenmedien Öffentlichkeit grundsätzlich gewährleistet. Aber die klassischen Theorien öffentlichen Vernunftgebrauchs verlieren an Relevanz. Sie berücksichtigen die Einflüsse auf Öffentlichkeit und Politik nicht ausreichend, die von der Stimmungsdemokratie ausgehen. Ehedem war die Forderung nach parlamentarischer Repräsentation zentral. Deren Etablierung schließt die Entwicklung zur Demokratie jedoch nicht ab. Sie kennt andere Gefährdungen. Die medialen Verflachungen des politischen Diskurses steigern die Qualität der politischen Kommunikation ebenso wenig, wie die neuerliche Etablierung extraparlamentarischer Strukturen, die sich z. B. durch Globalisierung und den mit ihr vermeintlich einhergehenden Zwang zu schnellen Entscheidungen verfestigen. Neuere Möglichkeiten einer Liquid Democracy weisen keinen Ausweg, sondern schwächen zusätzlich das Prinzip parlamentarischer Repräsentation. Die Interdependenz von Macht und Medien bedarf nicht nur aufgrund dieser Entwicklungen weiterhin der wissenschaftlichen Beobachtung und Analyse.

1 Macht und Öffentlichkeit

Macht und Öffentlichkeit stehen politisch seit je in einem unauflöslichen Verhältnis – auch heute (dazu Göhler 1995; Tschopp und Weber 2012). Die Arkanpolitik des Absolutismus verlangte vom Untertan Vertrauen ohne Kommunikation. Ihr setzte das erwachende Bürgertum seine Forderung nach Publizität entgegen, in der sich Öffentlichkeit als Zugänglichkeit bereits terminologisch mit öffentlicher Meinung überlappte und folglich die Diskursdimension einschloss. Theoretiker wie John Milton, John Stuart Mill, Jeremy Bentham verbanden mit ihr Fortschritt und Wahrheit, bei Emmanuel Joseph Sieyès geraten Repräsentation und Legitimität in den Focus, bei Immanuel Kant, der Öffentlichkeit und Aufklärung sowie Politik und Publizität miteinander verbindet, gilt Öffentlichkeit als Medium der Vernunft, in dem die Rechtllichkeit des Rechts, die Zumutbarkeit der Politik, die Zustimmung zur Macht, in dem aber auch ihre Bestreitung zu begründen sind. „Achtungswürdigst“ ist ihm dabei schon die „große Menge“, deren Urteil grosso modo mit dem Urteil der sich ohne dogmatische Festlegungen entfaltenden Vernunft übereinstimmt (Gerhardt 2012, S. 174ff.). Diese Theorien der Publizität und der Ermäch-

tigung der Individuen öffnen die Wege zu Republik und Demokratie. Sie bedurften aber, um nicht mehr oder weniger folgenlos im Individualismus stecken zu bleiben, der Ergänzung durch repräsentative Institutionen.

Deren obrigkeitliche Verweigerung wies den Zeitungen als Medien der Publizität fast automatisch repräsentative Funktionen zu. Für das liberale Bürgertum des Vormärz waren die Forderungen nach Pressefreiheit und Parlamenten gemeinsam und austauschbar (Schneider 1966). Politische Repräsentation band sich an die Presse, solange es den Bürgern noch verwehrt blieb, sich zur Legitimierung politischer Ansprüche an ein öffentliches, parlamentarisches Forum zu wenden (Habermas 1968, S. 69). Für Zeitgenossen gehörten die Chance zu öffentlicher politischer Kommunikation und der Parlamentarismus „zueinander wie die himmlischen Zwillinge“ (= Castor und Pollux, H. O. – Bucher 1855, S. 280).

Der Kampf um politisch-parlamentarische Öffentlichkeit ist ein Kampf um die politische Macht gewesen: um ihre Verweigerung – als Verteidigungsbastion des Absolutismus (der hierin übrigens in den Totalitarismen des 20. Jahrhunderts perfekte Nachfolger fand), und andererseits um ihre Gewährleistung – als *conditio sine qua non* republikanisch-demokratischer Regierungsformen mit ihren Chancen bürgerschaftlicher Partizipation: verfassungspolitisch die Ablösung des monarchischen Prinzips durch das Prinzip der Volkssouveränität, auf das sich alle Staatsmacht zurückführen lassen muss. Ergo kann Legitimität nur durch politische Kommunikation erzeugt werden.

Diese ist nicht mehr im Prinzip prekär, öffentlich aktuell aber in ihrer Gestalt, Reichweite und reziproken Überzeugungskraft. Vertrauen scheint sie nicht zuverlässig zu gewährleisten (Zmerli und Hooghe 2011; Norris 2011; Oberreuter 2010). Darauf ist zurückzukommen. Im historischen Kontext verdient eine besondere, von der Entscheidungsmaterie abhängige Tendenz Aufmerksamkeit: ein timider Rückzug von Vernunft und Realitätssinn, mithin von verantwortungsvoller politischer Führung zugunsten eines Demoskopie geleiteten Opportunismus (Habermas 2011), also punktuelle Vernunftverluste und gelegentliche Übermacht öffentlicher Meinungen über immerhin demokratisch legitimierte Regierung. Dies wäre die Umkehrung der historischen Ausgangspositionen in Richtung auf eine nicht mehr von der (inzwischen immerhin demokratischen) „Macht“, sondern nun von den Medien geführte Öffentlichkeit.

2 Relativierung theoretischer Leitsterne

Hier sind nun zwei Relativierungen der Publizitätstheoretiker angebracht. Sie handeln von der bürgerlichen Öffentlichkeit, also im Wesentlichen von durch Besitz und Bildung als Voraussetzung politischer Partizipation charakterisierten Akteuren, nicht von der Demokratie für alle. Unter dieser Voraussetzung war der Zusammenhang zwischen Repräsentanten und Bürgern geradezu intim. Er reduzierte sich auf ein homogenes Publikum politisch rasonierender Privatleute, die keiner Vermittlung bedurften. Die Einheit und Kontinuität des politischen Diskurses zwischen Abgeordneten und Wählern war durchaus real. In Großbritannien kamen etwa 53 Prozent aller Abgeordneten aus Wahl-

kreisen zwischen 0 und 250 Wählern. Davon vertraten 90 Wahlkreise mit weniger als 50 Wahlberechtigten, und 70 Wahlkreise mit 50 bis 99. Noch nach der Wahlrechtsreform von 1867 kamen in den kleineren Wahlkreisen durchschnittlich 736 Wahlberechtigte auf einen Abgeordneten (Loewenstein 1964; Setzer 1973). Der empirische Bezug einer Parlament und Öffentlichkeit als Teile ein und desselben Publikums zusammenbringenden Theorie (Bentham 1817) war also evident. Aber demokratisch war er nicht. Die Massen blieben ausgeschlossen.

Zum zweiten ist auch der Bezug auf Vernunft und Wahrheit abseits engerer Interessensbindungen und reduzierter Einsichten kaum real. Schon grundsätzlich handelt es sich um eine klassenpolitische Dominanz. Aber ließe sich in diesem homogenen Milieu nicht leichter zu spezifischer Vernunft finden? Offensichtlich traf dies nicht gänzlich zu. Sonst hätte Edmund Burke in der berühmten Rede an seine (wenigen) Wähler in Bristol nicht die Vernunft- und Gemeinwohlorientierung des Abgeordneten von Sonderinteressen abgesetzt – normativ. Praktisch war den Parlamentariern bewusst, wie wenig sich in Rede und Gegenrede Vernunft und Wahrheit vollziehen. Richard Sheridan fragte im 18. Jahrhundert seinen Kollegen Burke, warum er sich mit seiner Rede im Unterhaus so viel Mühe gegeben habe, wo er doch genau wusste, am Stimmenverhältnis nichts ändern zu können, und erhielt zur Antwort, wenn man seine Gegner schon nicht überzeugen könne, solle man doch wenigstens versuchen, sie zu überreden (Morkel 1966, S. 8f.).

Beide Relativierungen zeigen, dass schon in jener Formierungsphase politischer Öffentlichkeit und Repräsentation philosophische Leitsterne und politische Praxis nicht deckungsgleich gewesen sind, ohne dass beide ihre Berechtigung verlören. Denn auch an Vernunft und Wahrheit kann man sich streitig annähern. Transparenz ist mehr als Zugänglichkeit, hat diese aber zur Voraussetzung - und ist ebenso relativ hinsichtlich der Zugänglichkeit der hinter dem Sichtbaren liegenden Motivationen, wie hinsichtlich der Verstandeskraft des um Aufklärung ringenden Bürgers. Darum kommt auch eine noch so elaborierte und intellektuell hochrespektable „Theorie der Parlamentsöffentlichkeit“ (Weiß 2011) nicht herum, vom generellen pluralistischen Diskurs auf allen seinen Ebenen erst gar nicht zu sprechen. Politisches Reden und Handeln ist immer intentional. Inwiefern es rationalen und normativen Maßstäben entspricht, und wie vernünftig diese Maßstäbe sind, bleibt prinzipiell der Überprüfung offen. Weniger die Theoretiker bürgerlicher Öffentlichkeit als die Praktiker und Analytiker des Pluralismus und des Parlamentarismus werden akzeptieren (müssen), dass die Wirklichkeit des öffentlichen Diskurses von gemeinwohlorientierten Argumentationen wie von (interessengeleitetem) Verhandeln bestimmt ist. Für die Parlamente gilt das gleiche, ohne dass die eine wie die andere Strategie ausnahmslos bestimmten Prozeduren zugewiesen werden könnte, auch wenn im Plenum überwiegt, was Weiß (2011, S. 228f.) einen das Publikum adressierenden „als-ob“-Modus des „arguing“ bezeichnet. Faktisch findet der Entscheidungsdiskurs seit je in Fraktionen, informellen Gremien und Ausschüssen nicht öffentlich statt, entgegen plenarfixierten Ritualen und Erwartungen sowie unter erheblichen Einschränkungen des Transparenzgebotes. Allerdings sind schon den Theoretikern – Immanuel Kant, John Stuart Mill, Alexis de Tocqueville – Grenzen des Öffentlichen geläufig gewesen.

Nicht nur ein Problem, sondern absolute Destruktion klassischer und moderner Ansätze politischer Öffentlichkeit behauptet die aktuelle These vom Übergang zur Postdemokratie. Demnach fallen Entscheidungen zunehmend im Diskurs zwischen politischen und ökonomischen Eliten im Hinterzimmer, während die politische Diskussion verfallen und unter Marginalisierung der Bürger zur Medienwerbung verkommen sei (Crouch 2008). Andere beschwören ganz auf dieser Linie die Entwicklung zur „post-parlamentarischen“ Demokratie, geprägt von der wachsenden Potenz privater Akteure im politischen Prozess und von der Entstehung neuer außerparlamentarischer Formen politischer Steuerung, dominiert von Interessengruppen, Experten, informalen Gruppen und Netzwerken. Parlamente hätten gar nicht mehr die Kompetenz, die erforderlichen Leistungen zu erbringen. Denn die westlichen Gesellschaften seien mittlerweile dermaßen hochdifferenziert und komplex, dass der parlamentarische Betrieb keine hinreichenden Steuerungs-, Kontroll- und Beratungskompetenzen mehr auszubilden vermöchte. Insbesondere mangle es an der intellektuellen Kompetenz der Abgeordneten. Die Verantwortung bleibe ihnen zwar – aber nur als „öffentlicher Mythos“ (Anderson/Burns 1998).

Im deutschen Staatsrecht gilt die Tendenz zum verhandelnden und paktierenden Staat als ein neuer Typus staatlicher Aufgabenwahrnehmung, welcher teils neben das Verfassungsrecht, teils an dessen Stelle tritt. Absprachen zwischen Staat und Privaten erzielen dadurch Verbindlichkeit wie die Gesetze selbst. Im Unterschied zu diesen gehen sie aber nicht aus allgemeiner Diskussion und Partizipation hervor. Vielmehr entsteht eine „neue Privilegienstruktur“ zugunsten jener ohnehin mächtigen gesellschaftlichen Kräfte, die staatliche Pläne durchkreuzen können und deren Folgebereitschaft gesichert werden soll (Grimm 1999). Die an den Verhandlungen Beteiligten erwarten, dass ihre Ergebnisse gelten und im parlamentarischen Verfahren nur ratifiziert werden. Partiiell eine neue Arkanpolitik?

Auch Entgrenzungsprozesse durch Globalisierung und Supranationalisierungen untergraben die Identität von Staat und Gesellschaft. Sie übersteigen die Reichweite demokratischer Legitimationsprozesse, die im Grundsatz an einen nationalen staatlichen Rechts- und politischen Kulturraum gebunden sind. Entgrenzungen überfordern die Bürger wie die Entscheidungsträger. Sie führen zu Grauzonen demokratischer Legitimität, wodurch sich das Bundesverfassungsgericht jüngst zu vier brisanten und begrenzenden Urteilen herausgefordert sah (Oberreuter 2012b). Nur nachrangige Bedeutung genießen Recht, Freiheit und normative Orientierungen. Alles habe nur noch eine Funktion, nichts mehr eine Bedeutung: eine postnationale, wertindifferente Demokratie (Guéhenno 1994). Könnte sie überhaupt noch als solche bezeichnet werden – noch dazu, wenn die uns betreffende Exekutivlastigkeit der Europäischen Union Öffentlichkeitsdefizite und eine starke Tendenz zur Demokratie ohne Demos offenbart? (Kalina 2009).

3 Medialisierung und ihre Grenzen

Allerdings bedurfte es nicht der Kritik der Postdemokraten, um Wandlungs- und Destruktionstendenzen politisch-parlamentarischer Öffentlichkeit zu konstatieren. Die Politikwissenschaft hat sich – schließlich geht es um demokratische Legitimität – diesem Problemkreis mit wachsender Aufmerksamkeit zugewandt. Neben eigenen Arbeiten (Oberreuter 2012a), seien wenigstens die von Werner Patzelt (1998), Stefan Marschall (1999, 2001, 2003), Dietmar Schiller (2002) und vor allem Ulrich Sarcinelli (1994, 2009) genannt. Letzterer hat sich intensiv zur politischen Kommunikation und Legitimation, speziell auch frühzeitig zur Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente sowie zu Arenen parlamentarischer Kommunikation geäußert. Ebenso nüchtern wie zutreffend spricht er sich dafür aus, „sowohl die normative Aufladung etablierter Parlamentarismuskonzepte, als auch die Vernachlässigung gravierender Veränderungen des politischen Prozesses sowie des medialen und soziokulturellen Umfeldes zu hinterfragen“ (Sarcinelli 2009, S. 273). Dabei bleibt Parlaments-PR ein wichtiger Behelf. Legitimität ist aber nicht durch Werbung zu gewinnen, sondern durch substantielle Kommunikation, die politische Entscheidungsprozesse, so sie denn nicht ins Unkontrollierbare abwandern, transparent und partizipationsoffen gestalten.

Zu den innerparlamentarischen Wandlungsprozessen gehören insbesondere im Vergleich zur Inkubationszeit der Institution der Zugewinn an Mitsteuerungskompetenz, die Herausbildung differenzierter Willensbildungs- sowie informaler Entscheidungsstrukturen, die sämtlich nicht öffentlichkeitszugewandt, aber effizienzorientiert sind – und auch sein müssen. Über ihre Außenbeziehungen verfügen Parlamente zudem nicht autonom. In der die bürgerliche Öffentlichkeit übersteigenden Massendemokratie sind sie journalistischen Selektions- und Interpretationsmustern und Nachrichtenwerten unterworfen, die zu sich immer stärker steigenden Klagen über Verzerrungen (denn eher finden artifizielle Polarisierungen Resonanz) oder Missachtung der Parlamentsarbeit führen (zuletzt und deutlich Lammert 2013, Engert 2004). Politische Öffentlichkeit wird vor allem im Fernsehen hergestellt, und nicht nur durch politische Expertise, sondern in inszenierten Auseinandersetzungen zwischen Politikern, Medienmachern und Prominenten und vielfach in folgenlosem, letztlich delegitimierendem Palaver (Barzel und Schmidt 2005). Legitimation und Kommunikation rücken wieder aneinander. Die Fernsehdemokratie wird zum „Dispositiv“ auch für die Parlamentskommunikation (Weiß 2011, S. 232ff.) – Stichwort: Medialisierung, also Anpassung an die Eigengesetzlichkeit des Mediums mit allen Konsequenzen der Oberflächlichkeit, Emotionalisierung, Beschleunigung, Visualisierung, Personalisierung und Ritualisierung. Hintergründe, reale Abläufe, Zusammenhänge und Inhalte politischer Willensbildungsprozesse bleiben weithin unvermittelt.

Grundsätzlich trifft die Auflösung der Politik in Dramaturgie und Inszenierung auf Grenzen. Die Logik des Politischen mag verformt und überlagert sein. Solange sie existiert, kann sie nicht nur darstellendes Handeln hervorbringen. Die Medien mögen zwar Macht- und Karrierechancen beeinflussen; aber sie können die politische Verantwortung nicht übernehmen. Bei allem Wandel entwickelt nicht zuletzt der Kernbereich des Go-

vernment und des Parlamentarismus Medialisierungsresistenz. Denn der weitaus größte Teil seiner substantiellen Verhandlungs-, Kompromissbildungs- und Entscheidungsprozesse – in welchen institutionellen, vorinstitutionellen oder außerinstitutionellen Zusammenhängen auch immer – entzieht sich der Visualisierung. Er eignet sich auch nicht zur Inszenierung. Jedenfalls birgt angesichts dieser noch immer vorhandenen Resistenz authentischer Willensbildungsprozesse die These, die repräsentative Demokratie wandle sich zur präsentativen, noch keine abschließende Erklärungskraft (so auch Sarcinelli 2009, S. 275). Sie gilt nur im Maße des vom Inszenatorischen eroberten Bereichs der Politik. Sobald sie tatsächlich einen realen Zustand abschließend beschreibe, wäre das der Augenblick, an dem Politik und Parlamentarismus substantiell am Ende wären. Die Unterscheidung zwischen Entscheidungsrationalität und Kommunikationsdramaturgie wäre dann auch gefallen, und nur letztere noch übrig geblieben. Einstweilen unterwerfen Parlamente sich nur partiell dem Mediendiktat. Das gilt erst recht für die gesamte „Arbeitsebene“ in den Ministerien: Beide Bereiche verteidigen überkommene Verhandlungs-, Informationserhebungs- und Diskussionsrituale, die der Rationalität des Fernsehdiskurses widerstreiten – vielleicht auch nur, insofern sie aus Rechts- oder Sachgründen keine andere Wahl haben.

Für die Verteidigung rationaler Prozeduren wird aber auch ein hoher Preis bezahlt. Denn in einem an sich der Legitimation dienenden Kommunikationsprozess verfestigen sich Fehlvorstellungen über Institutionen im politischen Prozess, ihre Rolle, Leistungsfähigkeit und Problemlösungskapazität, weil in der Mediengesellschaft nicht präsent ist, was nicht vermittelt wird. Das Parlament mag im Binnenbetrieb noch so sehr seine Rationalität als Institution verteidigen, in der politischen Kommunikation wird es trotzdem in den Strudel der Medieninszenierung hineingerissen. Perception und Realität driften an der Nahtstelle politischer Legitimation auseinander.

4 Liquid Democracy – Liquidierung repräsentativer Demokratie

„Das“ Parlament tritt als „Forum der Nation“ (eine mittlerweile vergessene Funktionszuschreibung?) seltener in Erscheinung. Es kommuniziert in unterschiedlichen Arenen (Sarcinelli 2009, S. 262ff.) und ist politisch differenziert sowie arbeitsteilig strukturiert. Auch insofern – nicht nur politisch – ist es ein Spiegelbild der pluralistischen Gesellschaft. Was als Forumsfunktion zurücktritt, verwirklicht sich seit langem mehr in Teilöffentlichkeiten, die, ob materien- und themenspezifisch fluide, oder auch politik- bzw. interessenorientiert kontinuierlich, ihr Publikum aggregieren. Offensichtlich wird – nicht zuletzt durch Medienprofis – das Argument popularisiert, das Parlament möge sich mit diesem Prinzip differenzierter Öffentlichkeiten arrangieren, wobei selbst seine umfassende Repräsentationsfunktion gedankenlos ins Spartenprogramm für die speziell politisch Interessierten verwiesen wird (DVParl 2007, bes. S. 30ff.), als ob die demokratische Legitimation ein Spartenproblem wäre. Parlamentarier wehren sich dagegen (Lammert 2007; Lammert 2013) anscheinend aber ohne Durchsetzungschancen gegen die erwähnten

medialen Selektionskriterien – ein weithin unerkanntes verfassungspolitisches Problem. Der Verweis des parlamentarischen Forums ins Internet ist angesichts des Spartencharakters des Politischen dort (Eisel 2011) und speziell des politischen Desinteresses der nachwachsenden Generation (Donsbach u.a. 2012) keine Problemlösung.

Gleichwohl richteten sich auf Netz und „Computer-Demokratie“ (Krauch 1972) euphorische Hoffnungen. Frühzeitig ist ihnen angemutet worden, durch interaktive Anwendungschancen das Idyll einer virtuellen Versammlungsdemokratie zu ermöglichen, welche im Grunde die repräsentative Demokratie ersetzen und ihre kommunikative Legitimation überflüssig erscheinen ließe. Von der elektronischen Vernetzung erwarteten einzelne Autoren in den USA gar das Absterben der kuscheligen Politikmanagement-Gemeinde innerhalb des Washingtoner Beltway und auf Capitol Hill, weil alle Abgeordnetenaktivitäten erledigt werden könnten, ohne einen Fuß „on the floor of the chamber“ zu setzen. Angesichts der modernen Technologien würde niemand mehr ein derart primitives und archaisches politisches System konstruieren wie das gegenwärtige (Grossman 1995). Repräsentative Demokratie löste sich demnach zweidimensional auf: durch Selbstzerstörung seiner öffentlichen Arena durch das Parlament samt dessen prekären Standings im Mediensystem und durch die Überflüssigkeit von Volksvertretung durch permanente Direktheit. Demokratietheoretische Defizite solcher Visionen wurden kaum diskutiert, ganz abgesehen von Problemen effizienter und kompetenter Problemlösungen.

Partiell richten sich derlei Ansätze plebiszitär grundsätzlich gegen die repräsentative Demokratie, partiell definieren sie Demokratie geradezu naiv (Weisband 2013) als permanent aktualisierbare Chance zur Selbstbestimmung. Letztere Dimension nimmt den Austritt aus der generellen politischen Arena in Kauf, wie es schon früher bei Konzepten der Gegen- oder alternativen Öffentlichkeit der Fall war.

„Liquid Democracy“ z.B. schließt in ihrer ausschließlich virtuellen Diskursführung präsenzorientierte Formen politischer Kommunikation aus. Mit Erstaunen müssen ihre Protagonisten (und die Öffentlichkeit) zur Kenntnis nehmen, wie kläglich ihr deliberativer Rationalitätsanspruch an emotionalen Widersprüchlichkeiten scheitert, sobald er aus der Textualität des Netzes in reale Formen unmittelbarer Kommunikation überführt werden muss. Parteitage offenbaren Tendenzen zur Politikunfähigkeit, zugespitzte Probleme der Elitenauswahl, Defizite in den Kompetenzen, Probleme des gesamten politischen Rahmenspektrums zu bearbeiten, sowie nicht zuletzt auch Defizite einer schichtenunabhängigen Repräsentation der Gesellschaft. Vor allem aber ist es gar nicht Ziel dieses Konzepts, alle Bürger zu erreichen, sondern nur jene Nutzer, die sich als Interessierte auf einem Politikfeld angemeldet haben. Es entstehen kleine, themenbezogene Foren mit geringer aktiver Beteiligung. Durch Delegation steigt die Diskursmacht einzelner Aktivisten. Das Prinzip der Repräsentation wird gleichsam kannibalisiert. „Die in deliberativen, direktdemokratischen wie auch repräsentativen Systemen bestehende Arena aller Bürger wird gar nicht erst als eine Einheit geschaffen, sondern über das Delegationsmodell und themenbezogene Facharenen zersplittert. Für ein neues Thema wird bei Bedarf eine neue Arena geschaffen, in der sich die Interessierten sammeln.“ (Buck 2012, S.

633). Zugespitzt: Wenn die Teilöffentlichkeiten repräsentativer Demokratie als noch so eingeschränkte Voraussetzungen und Medien zur Zusammenführung unterschiedlicher Diskurse in einer zentralen Arena begriffen werden können, leistet Liquid Democracy nichts dergleichen. Konzeptuell löst sie die generelle politische Öffentlichkeit auf.

Im Sinne demokratischer Inklusion, Information, Partizipation und Repräsentation kann das nicht sein (Guggenberger 2012). Ithiel de Sola Pool (1990) hat frühzeitig darauf aufmerksam gemacht, dass die kommunikationstechnologische Revolution der erste technologische Fortschritt in Jahrhunderten sei, der eine zutiefst dezentalisierende und fragmentierende Wirkung auf Gesellschaft und Kultur habe. Demokratischen Wert- und Legitimitätsvorstellungen entspricht das nicht. Wie sie neu begründet und aktualisiert werden können, ist eine an Komplexität zunehmende Herausforderung. Denn bisher gilt der Glaube an die, wenn schon nicht lautere Vernunft und Wahrheit, aber doch wenigstens Integration und Vertrauen stiftende Macht der Kommunikation.

Literatur

- Anderson Svein S., Burns Tom M. (1996). The European Union and the Erosion of Parliamentary Democracy. A Study of Post-Parliamentary Governance. In: Svein S. Anderson, Kjell A. Eliassen (Hrsg.), *The European Union: How Democratic Is It* (S. 227-251)? Beverly Hills und London: Sage.
- Barzel Rainer, Schmidt Helmut (2005). Miese Stimmung? Die Talkshow-Politiker sind mitschuldig. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 11.05.2005, Nr. 108, 10.
- Bentham, Jeremy (1817). *Taktik und Theorie des Geschäftsgangs in deliberierenden Volksständeversammlungen*. Erlangen: J. J. Palm und Ernst Enke.
- Bucher, Lothar (1855). *Der Parlamentarismus wie er ist*. Berlin: Franz Duncker.
- Buck, Sebastian (2012) Liquid Democracy – eine Realisierung deliberativer Hoffnungen? In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 43, 626-634.
- Crouch, Colin (2008). *Postdemokratie*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- de Sola Pool, Ithiel (1990). *Technologies without Boundaries. On Telecommunications in a Global Age*. London und Cambridge: Harvard University Press.
- Donsbach, Wolfgang, Rentsch, Mathias, Mothes, Cornelia, Walter, Cornelia (2012). "If news is that important, it will find me". Nachrichtennutzung und -wissen junger Menschen in Deutschland. In: *Politische Bildung*, H. 4, 138-152.
- Eisel, Stephan (2011). *Internet und Demokratie*. Freiburg: Herder.
- Engert, Jürgen (2004). Jagdfieber? Journalisten und Politiker in der Berliner Republik. Protokoll des DVParl-Forums vom 06. Mai 2004, 3-15.
- Gerhardt, Volker (2012). „Öffentlichkeit“. Die politische Form des Bewusstseins. München: Beck.
- Göhler, Gerhard (1995). *Macht der Öffentlichkeit – Öffentlichkeit der Macht*. Baden-Baden: Nomos.
- Grimm, Dieter (1999). Das Grundgesetz nach 50 Jahren – Versuch einer Staatsrechtlichen Würdigung. In: Bundesministerium des Inneren (Hrsg.), *Bewährung und Herausforderung. Die Verfassung vor der Zukunft*. Opladen: Lesek+Budrich.
- Grossman, Lawrence K. (1995). *The Electronic Republic*. New York: Viking.
- Guéhenno, Jean-Marie (1994). *Das Ende der Demokratie*, München und Zürich: Artemis & Winkler.
- Guggenberger, Bernd (2012). Verflüssigung der Politik. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 38/39, 10-17.

- Habermas, Jürgen (1968): Strukturwandel der Öffentlichkeit. Neuwied/Berlin: Luchterhand (3. Aufl.).
- Habermas, Jürgen (2011). Merkels von Demoskopie geleiteter Opportunismus. In: sueddeutsche.de vom 7.4.2011.
- Kalina, Ondřej (2009). Ein Kontinent – Eine Nation? Prolegomena zur Bildung eines supranationalen Demos im Rahmen der EU. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Krauch, Herbert (1972). Computer-Demokratie. Düsseldorf: VDI.
- Lammert, Norbert (2013). Parlament und Partizipation in der Massendemokratie. In: Heinrich Oberreuter (Hrsg.), Macht und Ohnmacht der Parlamente (S. 11-19). Baden-Baden: Nomos.
- Lammert, Norbert (2007). „Der Bundestag verhandelt öffentlich“ (Art. 42 GG). Zur Notwendigkeit eines Parlamentskanals. Protokoll des DVParl-Forums vom 29. November 2007, 4-13.
- Loewenstein, Karl (1964). Der britische Parlamentarismus. Entstehung und Gestalt. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Marschall, Stefan (1999). Öffentlichkeit und Volksvertretung. Theorie und Praxis der Public Relations von Parlamenten. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Marschall, Stefan (2001). Das Parlament in der Mediengesellschaft – Verschränkungen zwischen parlamentarischer und massenmedialer Arena. In: Politische Vierteljahresschrift 42, 388-413.
- Marschall, Stefan (2003). Strukturwandel der parlamentarischen Öffentlichkeit. In: Zeitschrift für Politik 50, 423-437.
- Morkel, Arnd (1966). Das Parlament als öffentliches Forum. In: Aus Politik und Zeitgeschichte B 40 1-24.
- Norris, Pippa (2011). Democratic Deficit. Critical Citizens Revisited. New York und Cambridge: Cambridge University Press.
- Oberreuter, Heinrich (2010). Vertrauen in der Politik. In: Martin K. Schweer (Hrsg.), Vertrauensforschung 2010: A State of the Art (S. 87-102). Frankfurt a.M.: Peter Lang.
- Oberreuter, Heinrich (2012a). Republikanische Demokratie. Der Verfassungsstaat im Wandel. Baden-Baden: Nomos.
- Oberreuter, Heinrich (2012b). Substanzverluste des Parlamentarismus. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/39, 25-31.
- Patzelt, Werner J. (1998). Parlamentarismuskommunikation. In: Otfried Jarren, Ulrich Sarcinelli, Ulrich Saxer (Hrsg.), Politische Kommunikation in der demokratischen Gesellschaft. Ein Handbuch (S. 323-347). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Sarcinelli, Ulrich (1994). Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Politikvermittlung zwischen Public Relations und Parlamentsdidaktik. Baden-Baden: Nomos.
- Sarcinelli, Ulrich (2009). Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (2. Aufl.).
- Schiller, Dietmar (2002). Brennpunkt Plenum. Die Präsentation von Parlamenten im Fernsehen: Britisches House of Commons und Deutscher Bundestag im Vergleich. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schneider, Franz (1966) Pressefreiheit und politische Öffentlichkeit. Berlin und Neuwied: Luchterhand.
- Setzer, Hans (1973). Wahlsystem und Parteienentwicklung in England. Wege zur Demokratisierung der Institutionen 1832-1948. Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Tschopp, Silvia Serena, Weber, Wolfgang (2012). Macht und Kommunikation. Berlin: Oldenbourg Akademieverlag.
- Weisband, Marina (2013). Wir nennen es Politik. Ideen für eine zeitgemäße Demokratie. Stuttgart: Tropen/Klett-Cotta.
- Weiß, Alexander (2011). Theorie der Parlamentsöffentlichkeit. Baden-Baden: Nomos.
- Zmerli, Sonja, Hooghe, Marc (2011). Political Trust. Why Context Matters. Colchester: ECPR Press.

Politische Kommunikation in der repräsentativen
Demokratie der Bundesrepublik Deutschland

Festschrift für Ulrich Sarcinelli

Czerwick, E. (Hrsg.)

2013, X, 330 S. 7 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-01015-7